

Linker Antizionismus im Mandatsgebiet Palästina und in Israel

Kommunistische Kooperation mit dem Mufti und Verharmlosung des Antisemitismus¹

Stephan Grigat

Die israelische Kommunistische Partei (KP) und ihre Vorläufer haben trotz ihrer stalinistischen Grundhaltung für die israelische Gesellschaft wichtige Beiträge geleistet – doch um diese soll es im Folgenden nicht gehen. Eine Darstellung der sozialen und politischen Kämpfe im gewerkschaftlichen Bereich, eine Schilderung des feministischen und antirassistischen Engagements, oder auch eine Würdigung der Bemühungen um die Aufrechterhaltung humanistischer und rechtsstaatlicher Prinzipien in einer von Krieg und Anti-Terror-Kampf geprägten Gesellschaft würde einer Gesamtdarstellung der israelischen Linken und des israelischen Antizionismus bedürfen, die nicht nur in deutscher Sprache noch aussteht. Es geht im Folgenden um eine exemplarische Darstellung des Verhaltens der arabischen und israelischen Marxisten-Leninisten in entscheidenden historischen Situationen, an denen ihre Positionswechsel und ihr Verhältnis zum Antisemitismus besonders deutlich werden: bei den Pogromen von 1929 im Mandatsgebiet Palästina, während des arabischen Aufstandes 1936 bis 1939, vom Zweiten Weltkrieg bis zur Staatsgründung 1948 und während der antisemitischen Schauprozesse im realsozialistischen Ostblock in den 1950er Jahren. Die Entwicklung des israelisch-palästinensischen Kommunismus stalinistischer Provenienz ist von 180-Grad-Wendungen, fragwürdigem Verhalten gegenüber Opfern des Antisemitismus und der Kooperation mit reaktionären und antisemitischen Kräften unter der Flagge des Antiimperialismus geprägt. Das dürfte einer der Gründe dafür sein, warum die israelische KP

1 Der Beitrag beruht auf einem Kapitel in Grigat (2014: 63–88) und auf Grigat (2009), die nicht open access verfügbar sind. Die überarbeitete Neuveröffentlichung soll zum einen die Beiträge online zugänglich machen, zum anderen reagiert sie auf die unkritischen Bezugnahmen auf den linken israelischen Antizionismus, welche die Nahost-Debatten im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober 2023 noch sehr viel stärker prägen als zuvor.

eine der wenigen kommunistischen Parteien in der Welt ist, die bisher davon abgesehen haben, eine eigene offizielle Parteigeschichte vorzulegen.

Mit dem Verhalten der bolschewistisch-stalinistischen Kommunisten von den 1920er bis in die 1950er Jahre wurden Grundlagen geschaffen, die bis heute nachwirken und in den Reaktionen der neueren radikalen israelischen Linken auf Hamas und Hisbollah, bei der Positionierung hinsichtlich des arabischen und islamischen Antisemitismus und in der Einschätzung des iranischen Regimes ihren Nachhall finden.

Linkssozialistischer Zionismus, antizionistischer Bolschewismus

Vorläufer der Kommunistischen Partei in Palästina war die Mifleget Poalim Sozialistim, die Sozialistische Arbeiterpartei Palästinas, die sich 1919 von der 1905 gegründeten linkssozialistischen Poale Zion (Arbeiter Zions) getrennt hatte. Dem unmittelbar vorausgegangen war der Beginn eines Spaltungsprozesses der Poale Zion in einen rechten, sozialdemokratischen und einen linken Flügel, der fortan als Poale Zion Smol agierte.

Dem Selbstverständnis von Poale Zion zufolge sollten Internationalismus und Klassensolidarität zur Verbrüderung der jüdischen Einwanderer mit den arabischen Massen führen. Doch die spezifische Konstellation eines ausgesprochen widersprüchlichen, in einem spezifischen Sinne kolonialistischen Antikolonialismus, als welcher der Zionismus dieser Zeit am ehesten charakterisiert werden kann, führte dazu, dass gerade jene, die sich rhetorisch am deutlichsten einer friedlichen Koexistenz mit den Arabern verpflichtet fühlten, real permanent zur Verschärfung der Situation beitrugen. Walter Laqueur hat herausgestellt, dass schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts jene jüdischen Arbeiter, die eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Beziehungen zur arabischen Bevölkerung spielen sollten, den Konflikt entgegen ihren Intentionen eskalierten (Laqueur 2003: 218–220). Die Bestrebungen des Zionismus, ob links oder rechts orientiert, führten zwangsläufig zu einem segregierten Arbeitsmarkt, der die Solidarität zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern erheblich behinderte. Die von Marxisten wie Nicht-Marxisten geteilte Vorstellung, eine ökonomische Zusammenarbeit würde zwangsläufig zur Verbesserung der politischen Beziehungen zur arabischen Bevölkerung führen, war auf Grund der Struktur des Konflikts wohl von vornherein unrealistisch. Die Enttäuschung hinsichtlich dieser Hoffnungen war einer der Hauptgründe für die Heraus-

bildung einer eigenständigen antizionistisch-kommunistischen Bewegung im palästinensischen Mandatsgebiet.

Die von Poale Zion abgespaltene Mifleget Poalim Sozialistim hatte zunächst ausschließlich jüdische Parteimitglieder und schwankte zwischen zionistischen und antizionistischen Positionierungen. 1922 findet eine Spaltung statt in Palästinensische Kommunistische Partei (PKP), die gemäßigt zionistische, an den Ideen des sozialistisch-zionistischen Theoretikers Ber Borochov orientierte und gemäßigt antizionistische Anhänger hat, und die Kommunistische Partei Palästinas (KPP) unter Joseph Berger-Barzilai, die strikt antizionistisch auftritt. Ihre Hauptagitaktion richtet sich gegen die „zionistische Hölle“ (Offenberg 1975: 246).

1923 kommt es zur Wiedervereinigung von PKP und KPP unter dem Namen ersterer.² Im Gründungsprogramm vom Juli 1923 wird der „Kampf gegen den Zionismus“ proklamiert. Es wird zur „Pflicht“ erklärt, alles zu unternehmen, die arabische Nationalbewegung „zu unterstützen insofern, als sie dem Imperialismus entgegenwirkt“ (zit. n. ebd.: 299–300). 1924 wird die PKP durch die Kommunistische Internationale (Komintern) anerkannt. In ihrem Selbstverständnis war sie damit endgültig heraus aus dem „zionistischen Ghetto“ (ebd.: 318). Im selben Jahr kommt es zum Ausschluss der Kommunisten aus der zionistischen Einheitsgewerkschaft Histadrut und zum Verbot der Partei durch die Briten.

Die Anerkennung der PKP durch die Komintern schmerzte vor allem die Poale Zion Smol, die jahrelang vergeblich um die Gunst der Genossen in Moskau geworben hatte. Sie verstand sich in allen Fragen als Sprachrohr eines authentischen Bolschewismus und der Positionen des ‚Heimatlandes aller Werktätigen‘ – mit Ausnahme der Frage des Zionismus, bei der man die Führung in Moskau auf dem falschen Weg sah, von dem sie die Aktivisten der Poale Zion Smol mit der Zeit aber schon abbringen würden. Bis in die späten 1930er Jahre verweigerte Poale Zion Smol die Mitarbeit in den zionistischen Institutionen, allerdings nicht mit einer antizionistischen Argumentation, sondern weil sie diese Institutionen als Instrumente der jüdischen Bourgeoisie betrachtete. Die Vordenker solch eines sozialistischen Zionismus waren Leute wie Nachman Syrkin, der vom jüdischen Proletariat als den „Sklaven der Sklaven“ und als „Proletariat des Proletariats“ sprach (zit. n. Meir 1975: 55), und Ber Borochov, der 1905 auf den spezifisch „negativen Ursprung“ des jüdischen Nationalbewusstseins verwies und an den

2 Die Abkürzung PKP bezog sich damals auf den jiddischen Parteinamen, unter dem die Kommunisten agierten: Palestinische Kommunistische Partei.

Anfang der 1970er Jahre eine junge Generation linkssozialistischer Juden anzuknüpfen versuchte. Bei den Wahlen des Jischuv im Dezember 1925 erreichte ihre Liste rund acht Prozent der Stimmen – ein Erfolg, der von keiner antizionistisch ausgerichteten kommunistischen Gruppierung später je erreicht wurde (Borochov 1969: 61; Zedek 1973: 100–105; Lockman 1996).

Die PKP entwickelte sich schnell zu einer Protagonistin des Antizionismus, die mit den Ideen von Syrkin und Borochov schon bald nur mehr wenig anfangen konnte. Die Komintern forderte von der anfangs ausschließlich jüdischen PKP von Beginn an eine Arabisierung der Partei. Doch die Voraussetzungen dafür waren denkbar ungünstig. Die arabische Gesellschaft reagierte mehrheitlich mit Skepsis und Ablehnung auf die zionistische Einwanderung. Den Kommunisten, die doch jene waren, welche die Interessen der arabischen Bevölkerung am deutlichsten thematisierten, wurde mit offenem Hass begegnet. Der Zionismus wurde von vielen Arabern mit dem Kommunismus identifiziert. Die Argumentation, der arabische Widerstand gegen den Zionismus sei im reaktionären und imperialistischen Charakter von letzterem begründet gewesen, datiert erst aus den 1950er Jahren. Bis dahin war es von arabischer Seite üblich, den Zionismus auf Grund seiner angeblich kommunistischen Tendenzen, wegen seines damals mehrheitlich atheistischen Charakters und seinen fortschrittlichen Vorstellungen vom Geschlechterverhältnis – letztlich wegen seiner Funktion als Repräsentant für die Moderne – zu attackieren. Das zeigte sich beispielsweise bei den Ereignissen am 1. Mai 1921, als es, ausgelöst durch kommunistische Aktivitäten in Jaffa, zu Pogromen gegen die ‚gottlosen jüdischen Bolschewisten‘ seitens der arabischen Bevölkerung kam (Taut 1986: 232). Die KP war von der offiziellen 1. Mai-Demonstration ausgeschlossen worden, woraufhin Parteimitglieder Flugblätter in Jaffa verteilten, was zu Riots seitens der arabischen Bevölkerungsmehrheit führte, bei denen fast 100 Personen getötet wurden (Laqueur 2003: 209).

In den 1920er Jahren schwankten die Kommunisten zwischen einer konsequent internationalistisch-klassenkämpferischen Ausrichtung und Zugeschneidungen an das reaktionäre Bewusstsein, das bei großen Teilen der arabischen Bevölkerung in Palästina vorherrschte. In einer Erklärung des Zentralkomitees (ZK) der PKP heißt es 1925: „Für die geschlossene Einheit der arabischen und jüdischen breiten Arbeitermassen! Nicht mit der zionistischen Bourgeoisie gegen die armen Massen, auch nicht mit den faschistischen Feudalen auf dem Weg der Pogrome.“ (Zit. n. Offenberg 1975: 356) Doch in der Realität zeigte man sich gegenüber den „faschistischen Feudalen“, die massiven Einfluss auf die arabische Nationalbewegung in Palästina

hatten, ausgesprochen nachsichtig. Berger-Barzilai, einer der historischen Führer der Partei, meinte hinsichtlich der arabischen Nationalbewegung in einer Rückschau selbstkritisch: „Wir sahen in ihr die Führung der arabischen Massen. Auch wenn sie irrt, hat sie recht – sagten wir verlegen.“ (Zit. n. ebd.: 358)

Unabhängig von ihrem offiziellen Antizionismus haben viele der jüdischen Parteimitglieder und auch Teile der jüdischen Parteiführung Sympathien für die Idee gehabt, eine starke jüdische Gemeinschaft in Palästina aufzubauen. Für die Mehrheit der jüdischen Mitglieder war es schwierig, ihre Loyalität zur Komintern-Politik und ihre Sympathien für den Überlebenskampf des Jishuv in Einklang zu bringen. Eine der Reaktionen der Partei auf dieses Dilemma war die Theorie des Jishuvismus, in der nun wieder mit Bezug auf Ber Borochov versucht wurde, zwischen Zionismus und der jüdischen Gemeinschaft in Palästina stärker zu differenzieren und, in Verkennung der realen Entwicklung, einen Widerspruch zwischen der Herausbildung modern-kapitalistischer Strukturen im Mandatsgebiet und einem dauerhaften Erfolg des Zionismus zu konstruieren. Der Jischuvismus, der auch als „Zionism without Zionism“ beschrieben wurde (Greenstein 2014: 59–62), war eine von der Parteiführung entwickelte Theorie, um die anhaltenden Aktivitäten in der jüdischen Gemeinschaft in Palästina vor der Komintern zu rechtfertigen. Letztere drängte schon früh darauf, dass „jüdische Ghetto“ zu verlassen um sich den „arabischen Massen“ zuzuwenden (Hen-Tov 1974: 109f).

Die Pogrome von 1929

Der latente Konflikt zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung im Mandatsgebiet Palästina spitzte sich Ende der 1920er Jahre zu. Die Eskalation entzündete sich am Streit um die Klagemauer, dem letzten Rest des Zweiten Tempels, der von Juden als Heiligtum verehrt und von Muslimen als Teil des Haram ash-Sharifs betrachtet wird. Bereits im September und Oktober 1928 kam es zu heftigen Zusammenstößen an der Klagemauer. In der Folge heizte der offen antisemitische Mufti Amin al-Husseini die Stimmung in der arabischen Bevölkerung an. Knapp ein Jahr später wurden die Muslime aufgefordert, die Heiligen Stätten zu verteidigen. Derartige Aufforderungen fielen auf fruchtbaren Boden. Ein Mob von rund 2000 Gläubigen zog unter Rufen wie „Bringt die Juden um“ zur Klagemauer und griff die dort Betenden an. Eine Woche später weiteten sich die Übergriffe

zu einem landesweiten Pogrom aus. Die jüdischen Viertel in Jerusalem wurden von bewaffneten Arabern angegriffen. In Hebron und Safed kam es zu Massakern an der jüdisch-orthodoxen, zum Großteil antizionistischen Bevölkerung. Tel Aviv wurde attackiert und mehrere Kibbuzim wurden zerstört. 133 Juden kamen ums Leben, über 300 wurden zum Teil schwer verletzt (Mallmann/Cüppers 2007: 17–20).

Die KP charakterisierte die Ereignisse an der Klagemauer im Oktober 1928 als „kleines Pogrom“. Als Hauptschuldiger dafür wurden allerdings nicht die Pogromisten ausgemacht, sondern die britische Regierung wurde beschuldigt, den Konflikt zwischen Juden und Arabern in Palästina anzuzünden, um die eigene Herrschaft abzusichern. Als Gegenstrategie wurden Aufrufe zur Einheit der jüdischen und arabischen Arbeiter veröffentlicht. Die Arbeiter sollten sich nicht von den jeweiligen Führungen der jüdischen und der arabischen Gemeinschaft zur nationalistischen Hetze provozieren lassen. Entscheidend bei der Einschätzung der Ereignisse von 1928 war, dass die KP, anders als bei späteren Anlässen, in die Übergriffe keinerlei ‚revolutionären Charakter‘ hineininterpretierte. Eine ähnliche Argumentation wie bei den Ereignissen vom Oktober 1928 findet sich in einem Flugblatt, das kurz vor den Pogromen vom August 1929 verteilt wurde. Auch dort werden die Spannungen, die sich dann in den Pogromen entluden, als Resultat einer imperialistischen Provokation interpretiert, der mit dem Aufruf zur Einheit aller Arbeiter begegnet wurde (Budeiri 1979: 28).

Die weltweite Bolschewisierung der kommunistischen Parteien nach dem sechsten Kominternkongress 1928 führte in Palästina zu abermals verstärkten Arabisierungsbemühungen der Partei. Die Theorie des Jischuismus wurde über Bord geworfen. Es wurde davon ausgegangen, dass es in der jüdischen Bevölkerung kein ausreichendes revolutionäres Potenzial im Sinne des Marxismus-Leninismus gäbe. Hatte die Komintern die Arabisierung der Partei vor 1928 vor allem deswegen gefordert, weil es sich bei Palästina um ein mehrheitlich von Arabern bewohntes Gebiet handelte, sah man nach 1928 die Araber in Palästina als einzigen politischen Faktor, der zu einer revolutionären Situation etwas beitragen könne (Hen-Tov 1974: 114). Im Vorfeld der Ereignisse von 1929 und im Zusammenhang mit der Durchsetzung der neuen „revolutionären“ Linie wurde die Partei von Mitgliedern, die dem proarabischen Kurs skeptisch gegenüberstanden und noch Jahrzehnte später von arabisch-nationalistischen Autoren als „zionistische Agenten“ diffamiert wurden (Flores 1980: 258), gesäubert (Hen-Tov 1974: 116). Erleichtert wurde dieses Vorgehen durch den Aufbau von arabischen Kadern in der Partei in den 1920er Jahren. Die Arabisierungsbemü-

hungen Mitte der 1920er Jahre waren zwar nicht sehr erfolgreich, hatten aber einige Dutzend junge Araber in die Partei gebracht, die eher nationalistisch als kommunistisch motiviert waren. Einige von ihnen wurden zum Studium nach Moskau geschickt, von wo sie als Komintern-loyale Parteisoldaten nach Palästina zurückkehrten, die der jüdischen Parteiführung äußert kritisch gegenüberstanden (Franzén 2007: 11).

Am Beginn der Ereignisse im August 1929 veröffentlichte die PKP noch einen Aufruf zur Ruhe, der sich gegen die Führung des Jischuv und gegen die „verräterischen arabischen Führer“, welche die arabischen Massen zum Kampf gegen die Juden aufgehetzt hätten, richtete. Es wurde der gemeinsame jüdisch-arabische Kampf gegen den britischen Imperialismus gefordert. Mit dieser relativen Ausgewogenheit befand sich die PKP allerdings nicht mehr in Übereinstimmung mit der bereits einseitig proarabischen Linie der Komintern zu dieser Zeit (Kefler 2019).

Am 22. August 1929 hörten Berger-Bazilai, Mitglied des Parteisekretariats, und der Komintern-Gesandte Bohumír Šmeral, ein ehemaliger tschechischer Sozialdemokrat, den Augenzeugenbericht eines Mitglieds des Sekretariats der PKP. Auf Grund seiner Schilderungen war den Parteiführern klar, dass es sich bei den Riots eindeutig um ein Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung handelt. In einem Brief aus Moskau von Wolf Auerbach, dem unter dem Tarnnamen „Daniel“ agierenden, häufig auch Averbuch genannten (Gozansky/Timm 2009: XIV; Locker-Biletzki 2019: 139) Mitbegründer der KP, wurde aber darauf verwiesen, dass die Komintern das anders sehe: In Moskau sei der Eindruck vorherrschend, dass es sich um einen antiimperialistischen Aufstand handle. Anfänglich versuchten die jüdischen Kommunisten in Palästina noch klarzustellen, dass es, wie es in einem Resolutionsentwurf hieß, „kein Übereinkommen und keine gemeinsame Front mit dem Mufti und seinen Leuten“ geben könne (zit. n. Rubenstein 1985: 163). Nachdem die KP-Führung aus Beit Safafa bei Jerusalem von der Hagana evakuiert werden musste, um nicht den arabischen Pogromisten zum Opfer zu fallen, verabschiedete die Parteiführung einen Aufruf an alle Parteimitglieder, sich an den Verteidigungsbemühungen der Hagana zu beteiligen. Der Komintern-Gesandte Šmeral unterstützte diese Entscheidung (Budeiri 1979: 29; Hen-Tov 1974: 120.) Daraufhin nahmen die bewaffneten Einheiten der Partei an der Verteidigung der jüdischen Viertel gegen die arabischen Angreifer teil, während es vereinzelt auch Berichte über die Teilnahme arabischer Kommunisten auf der Seite der Angreifenden gab (Flores 1980: 265; Kefler 1994: 149).

In der ersten, von Berger-Barzilai verfassten offiziellen Stellungnahme in der Komintern-Zeitung *Inprecorr* wurden die Ereignisse sowohl als „Pogrom“ als auch als „general Arab uprising“ beschrieben (zit. n. Budeiri 1979: 28).³ Gleichzeitig wollte die Partei keine Konsequenzen aus dem pogromartigen Charakter der Unruhen ziehen und verlautbarte in einem Dokument vom September 1929, die Unruhen seien eine Vorbereitung für einen neuen Aufstand, der in der Zukunft von den arabischen Arbeitern und Bauern getragen werden wird, organisiert diesmal „nicht vom Mufti, sondern vom Proletariat und der Kommunistischen Partei“ (zit. n. Hen-Tov 1974: 121).

Nachdem Auerbach die Genossen in Palästina aus Moskau darüber informiert hatte, dass die Komintern die Unruhen nicht wie die PKP als Pogrome, sondern als antiimperialistischen Aufstand einschätzen würde, versuchte der Komintern-Gesandte Šmeral in einer Geheimsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) die stalinistische Weltbewegung vom antisemitischen Charakter der Ereignisse zu überzeugen – jedoch ohne Erfolg. Auch nach dem Bericht von Šmeral hielt das EKKI an seiner Einschätzung fest. Die Diskrepanz zwischen der anfänglichen PKP-Einschätzung und der Komintern-Position äußerte sich in einer Reihe von widersprüchlichen Veröffentlichungen der PKP nach den Pogromen, die zwischen einer Charakterisierung als gerechtfertigtem Aufstand, Pogrom, antiimperialistischer Erhebung und fehlgeleiteter Revolte schwankten. Zwar wurde die jedem Gedanken an Emanzipation spottende Grausamkeit der Aufständischen geschildert, die an die Brutalität der Angriffe auf Südisrael im Oktober 2023 erinnert: im Kommuniqué des ZK der PKP, das am 27. September 1929 in *Inprecorr* publiziert wurde, hieß es beispielsweise: „the bedouins singing in religious exstasy while they slit abdomens and struck off the heads of little children“ (zit. n. Hen-Tov 1974: 135). Gleichzeitig wurden aber nicht die arabischen Kommandos, sondern die Zionisten dafür verantwortlich gemacht, dass sich die Pogrome nicht in einen antiimperialistischen, im Verständnis der Bolschewisten also progressiven Aufstand transformieren konnten. In späteren Veröffentlichungen wurden die Zionisten dann direkt für die Ermordung der Juden verantwortlich gemacht (ebd.: 141).

Die Ereignisse im palästinensischen Mandatsgebiet von 1929 wurden auch in der kommunistischen Presse in anderen Ländern diskutiert. In der *Freiheit*, der Publikation der jüdischen Kommunisten in den USA, war

3 In Budeiris Darstellung werden die Pogrome nicht explizit gerechtfertigt, aber als unausweichlich beschrieben.

anfänglich von Pogromen die Rede, und der jüdische Widerstand gegen die Angreifer wurde gelobt. Zwei Tage später jedoch wurden die Pogrome zum „revolutionären Aufstand“ erklärt, wohingegen sich Leo Trotzki noch in einem 1934 veröffentlichten Interview weigerte, eine eindeutige Einschätzung der Situation von 1929 abzugeben und darauf beharrte, er müsse die Angelegenheit zuerst eingehender untersuchen, um das Verhältnis von „Antiimperialisten, reaktionären Mohammedanern und antisemitischen Pogromisten“ genau bestimmen zu können (zit. n. Norwood 2013: 30). Bei der publizistischen Vorhut der US-amerikanischen Stalinanhänger wurde die anfängliche Einschätzung bereits am kommenden Tag als „Fehler“ kritisiert, und man brauchte nur zwei weitere Tage um die endgültige Einschätzung des Politbüros der American Communist Party zu übernehmen, dass es sich bei der anfänglichen Charakterisierung der Ereignisse in Palästina als Pogrome um einen „counter-revolutionary viewpoint characteristic of social democrats and the bourgeoisie“ handelte (zit. n. Rubenstein 1985: 146f.). Diese opportunistischen Verrenkungen blieben nicht unwidersprochen. Nachdem die League Against Imperialism and Fascism die Ansichten der Komintern zu den Pogromen von 1929 in Palästina übernommen hatte, trat Albert Einstein von seiner Präsidentschaft in dieser KP-Vorfeldorganisation zurück (Hen-Tov 1974: 153).

Während die Kommunisten in den USA noch einige Tage zur Adaptierung der stalinistischen Interpretation der Pogrome benötigten, wurde in Deutschland von Anfang an die Komintern-Einschätzung propagiert. Die *Rote Fahne*, Zentralorgan der KPD, titelte schon in ihrem ersten Bericht zu den antijüdischen Massakern in Palästina: „Eingeborene Araber schießen Faschisten nieder“ und sandte den Pogromisten Glückwünsche: „Wir begrüßen auf das lebhafteste die heldenhaften Kämpfe, die die arabische Bevölkerung gegen die Zionisten, die Zutreiber und Agenten der raubgierigen englischen Imperialisten in Palästina führen.“ (*Rote Fahne*, 27.08.1929) Tagelang wurde gegen die „faschistischen Zionisten“ gehetzt und den arabischen Angreifern bedingungslose Solidarität versichert. Als die Berichterstattung der *Roten Fahne* in Palästina bekannt wurde, kam es seitens der empörten jüdischen Bevölkerung zu körperlichen Attacken auf KP-Mitglieder (Hen-Tov 1974: 121).

Am Beginn der Ereignisse hieß es in einer Stellungnahme der PKP noch, dass in einem Land wie Palästina eine revolutionäre Bewegung ohne Pogrome unmöglich sei (Laqueur 1961: 84). Hier manifestierte sich die verbreitete Einschätzung der Marxisten-Leninisten, dass sich die ‚objektiv progressive‘ Bewegung in der Geschichte zwangsläufig immer wieder in

reaktionären Äußerungsformen darstelle. Doch bald darauf war überhaupt nicht mehr von Pogromen die Rede, sondern nur noch von unterstützenswerten Aufständen. Am 1. November 1929 legte die Komintern ihre endgültige Beurteilung der Ereignisse in Palästina vor: Es handele sich um einen antiimperialistischen Aufstand, und der sei von allen Kommunisten zu unterstützen. Im Dezember 1929 wurden Flugblätter verteilt, in denen der Aufstand unter Führung des Mufti mit dem Aufstand der Maccabäer gegen die Griechen verglichen wurde (Rubenstein 1985: 163f., 218). In Fragebögen mussten später alle Parteimitglieder beantworten, ob sie die August-Aufstände als „Radikalisierung der arabischen Massen“ sehen (zit. n. ebd.: 217), womit nicht eine Radikalisierung zum antisemitischen Mob, sondern zum antiimperialistischen Bewusstsein gemeint war. Viele jener Parteimitglieder, die sich in Jerusalem an der Verteidigung der jüdischen Viertel beteiligt hatten, wurden aus der Partei ausgeschlossen; bald darauf dann alle, die sich weigerten, die von der Partei übernommene Einschätzung der Komintern zu akzeptieren. Im Februar 1930 verkündete das EKKI-Sekretariat, der Hauptfehler der PKP habe in der anfänglichen Einschätzung des Aufstandes als Pogrom bestanden. Grund für diesen Fehler sei der zionistische und imperialistische Einfluss insbesondere auf die jüdischen Parteimitglieder, dem durch eine konsequente Arabisierung der Partei zu begegnen sei. Als 1931 eine ägyptische Delegation einschließlich Abdel Rahman Azzam, dem späteren Generalsekretär der Arabischen Liga, wegen wüster antijüdischer und antibritischer Deklarationen ausgewiesen wurde, sah sich die PKP zu scharfem Protest veranlasst. 1932 veröffentlichte die Internationale Rote Hilfe auf Deutsch eine von Berger-Bazilai unter Pseudonym verfasste Broschüre, in der die arabischen Angreifer der August-Unruhen von 1929 gefeiert wurden. Am dritten Jahrestag der Pogrome wurde nicht nur zur Freilassung der Verhafteten aufgerufen, sondern auch zur Fortsetzung des Kampfes (Budeiri 1979: 40; Flores 1980: 41; Hen-Tov 1974: 143; Laqueur 1961 88f.; Kefler 1994: 150).

Die wenigen jüdischen Führungskader, die nach den Pogromen von 1929 noch in der Partei verblieben waren, wehrten sich gegen die von Moskau befohlene und durchgesetzte Zwangsarabisierung, konnten sich aber kaum Gehör verschaffen, woraufhin nochmals zahlreiche jüdische Mitglieder die Partei, und manchmal auch gleich Palästina verließen (Hen-Tov 1974: 150f.) Die verbliebenen ehemaligen jüdischen Parteiführer wie Auerbach, Moshe Kuperman und Berger-Barzilai wurden nach Moskau beordert. Die meisten von ihnen wurden in den stalinistischen ‚Säuberungen‘ ermordet oder

verbrachten, wie Berger-Barzilai, Jahrzehnte in sowjetischen Gefängnissen und Arbeitslagern (Keßler 1994: 185).⁴ Erst 1968, mehr als zehn Jahre nach dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), mit dem die Entstalinisierung in der Sowjetunion eingeleitet wurde, haben die israelischen Kommunisten ihren während der stalinistischen ‚Säuberungen‘ ermordeten Parteiführern die Reverenz erwiesen (Trepper 1995: 50).

Für die zionistische Bewegung erzwang die Einschätzung der Pogrome durch die KP eine Änderung in ihrem Verhältnis zu den Stalinisten. Durch die Adaptierung der Komintern-Linie war die KP de facto auf die Politik des offen antisemitischen Flügels der arabischen Nationalbewegung in Palästina eingeschwenkt. Sie hatte sich vom Internationalismus nahezu restlos verabschiedet und sich dem Nationalismus jenes arabischen Bevölkerungsteils verschrieben, der nicht nur den Zionismus bekämpfte, sondern sich aktiv an antijüdischen Pogromen beteiligte. Die PKP war bereits vor 1929 antizionistisch positioniert, doch die zionistischen Organisationen wussten zwischen einem politischen Antizionismus und der aktiven Unterstützung von Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung in Palästina zu unterscheiden. Während viele Zionisten die KP vor 1929 weitgehend ignoriert hatten, sahen sie in ihr nun einen zu bekämpfenden Feind, der die arabische Bevölkerung aktiv zu Pogromen anstachelte (Laqueur 1961: 85).

Der arabische Aufstand

Von 1929 bis 1933 existierte in der PKP durchaus eine kritische Haltung gegenüber der Führung der arabischen Nationalbewegung. Noch bis Ende 1935 wurde al-Husseini regelmäßig als Verbündeter Benito Mussolinis und „italienischer Propagandist“ attackiert (Budeiri 1979: 77). Doch schon anlässlich erneuter Unruhen im Jahr 1933 war es wieder zu einer Annäherung an die arabische Führung gekommen. Anfang der 1930er Jahre erging aus Moskau die Anweisung zur endgültigen Arabisierung der Partei,

4 Joseph Berger, 1904 in Krakau als Isaak Zeliaznik geboren und in seiner Zeit im Mandatsgebiet zumeist als Berger-Barzilai publizierend, gilt als einer der wenigen führenden Köpfe der kommunistischen Weltbewegung aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, der die stalinistischen Arbeitslager überlebt hat. Nach seiner Rehabilitierung in der Sowjetunion 1956 ging er für kurze Zeit nach Warschau, von wo er nach Israel emigrierte und Professor für Politikwissenschaft an der Bar Ilan-Universität wurde (Berger 1971).

die auch von zahlreichen Stimmen innerhalb der PKP unterstützt wurde. Der „nationale Aspekt“ des Kampfes trat in der Agitation immer mehr in den Vordergrund, was durch die Umorientierung der Komintern auf eine Volksfrontpolitik begünstigt wurde. Ab 1932 pflegte die Partei auch Kontakte zu den islamistischen Anhängern von Izz al-Din al-Qassam, nach dem heute die militärischen Einheiten der Hamas benannt sind (Shindler 2012: 62; Kaufman 1997: 24).

1935 erklärte die arabische Führung der PKP den Jischuv in seiner Gesamtheit zu einem Projekt des Kolonialismus. Im selben Jahr warnte die Partei noch vor der Gefahr, dass faschistische und nationalsozialistische Agenten aus Italien und Deutschland die arabische Nationalbewegung zu terroristischen Attacken und einem allgemeinen Aufstand anstacheln könnten. Nicht, dass die KP grundsätzlich gegen einen allgemeinen Aufstand gewesen wäre, jedoch sah sie in dieser Möglichkeit nur die letzte Stufe in einem langen, erst noch zu führenden Kampf, wohingegen die Agenten der Achsenmächte aus Eigeninteresse die Zeit bereits gekommen sähen.

In den 1930er Jahren gelangt die arabische Nationalbewegung in Palästina endgültig unter die Führung al-Husseinis. Sie ist geprägt von religiösem Fanatismus, reaktionären Gesellschaftsvorstellungen und radikalem Antisemitismus, der sich keineswegs ausschließlich gegen das zionistische Projekt, sondern gegen alle in Palästina lebenden Juden richtet. Diese Ausrichtung führt die arabische Nationalbewegung unter Führung des Muftis in eine Koalition mit den faschistischen und nationalsozialistischen Kräften in Europa. Dieses Bündnis funktionierte nicht nach dem Motto ‚Der Feind meines Feindes ist mein Freund‘, wie von einigen Vertretern der israelischen Linken noch Jahrzehnte später behauptet wurde⁵, sondern erklärt sich aus den ideologischen Übereinstimmungen.

Der arabische Aufstand beginnt im April 1936 mit mehreren Morden an Juden, der Zerstörung von Siedlungen, Plantagen und Weideland und war anfänglich von einem Generalstreik der arabischen Arbeiter begleitet. Die

5 Beispielsweise Schenker 2004: 103. Weil die offene Kollaboration von wichtigen Teilen der arabischen und palästinensischen Nationalbewegung mit dem Nationalsozialismus so weitreichende Bedeutung hat, wird sie von jenen Propagandisten des iranischen Regimes, die wie der ehemalige Botschafter in Deutschland, Hossein Mousavian, gelernt haben, die Attacken gegen Israel in eine vergleichsweise diplomatische Sprache zu verpacken, schlicht in Abrede gestellt (Mousavian 2014: 250–252). In anderen Kontexten wird auch heute die Bedeutung und der Einfluss von al-Husseini systematisch heruntergespielt. Ein Beispiel dafür hat zuletzt Amir Theilhaber bei einer Anhörung zu Antisemitismus bei der Berliner Enquete-Kommission zu Antisemitismus und Rassismus geliefert (Berliner Abgeordnetenhaus 2025).

arabischen Parteien vereinigen sich unter Führung des offen mit dem Nationalsozialismus zunächst sympathisierenden, dann kooperierenden Mufti im Arab Higher Committee. Bereits im Oktober 1936 waren 80 Juden ermordet worden. 1938 waren es über 200, bei Ende des Aufstandes 1939 über 500 (Mallmann/Cüppers 2007: 24–26).

Der von Teilen der radikalen israelischen Linken bis heute gelobte anti-koloniale und antiimperialistische Charakter des Aufstands (Grigat 2006), der sich mit der Zeit verstärkt auch gegen die britische Mandatsmacht richtete, kann nicht losgelöst werden von seiner antisemitischen Grundintention. Die Briten wurden als Schutzmacht der Juden gesehen. Sie sollten vor allem deswegen aus dem Land gejagt werden, um freie Hand im Kampf gegen die jüdischen Siedlungen und Gemeinden zu haben. Ein national-sozialistischer zeitgenössischer Beobachter fasste die Stimmung unter den Arabern ebenso begeistert wie treffend zusammen, als er ihnen in den Mund legte: „Wenn einmal die Engländer die Hand von diesem Lande wegnehmen, werfen und jagen wir sämtliche Juden in einem Ansturme ins Meer hinein!“ (Jorda 1943: 197)

Anders als 1929 beteiligten sich die Kommunisten 1936 bis 1939 unmittelbar an den Aufständen. Die Partei propagierte die Unterstützung für den Mufti und die feudalistisch-antisemitische Führung der arabischen Nationalbewegung. Doch es blieb nicht nur bei Propaganda: Die jüdischen Parteimitglieder wurden angewiesen, sich an bewaffneten Aktionen gegen die zionistischen Institutionen zu beteiligen (Bunzl 1985: 42; 2008: 81). Kommunistische Aktivisten führten Attentate gegen die örtlichen Sektionen der Histadrut in Haifa und Tel-Aviv aus (Weinstock 1975: 162). Auch Historiker aus der KP wie Leon Zahawi gehen heute davon aus, dass die Verantwortung dafür bei der damaligen Parteiführung unter Ridwan al-Hilu und Simha Tzabari lag und mit der Komintern-Führung akkordiert war. Al-Hilu hat die Verantwortung dafür später allerdings von sich gewiesen und behauptet, die jüdischen Parteimitglieder hätten sich eigenständig zu den Attacken entschieden. Ähnlich äußerte sich auch Mohammed Ouda, der die PKP 1939 verließ und sich in Bagdad direkt den Anhängern des exilierten Muftis anschloss (Karpel 2004).

Zwei KP-Mitglieder arbeiteten in einer Art Generalstab mit, der den Aufstand plante und koordinierte. Die KP, als Resultat der Arabisierungsbemühungen mittlerweile fest in der Hand von al-Hilu, genannt „Musa“, leugnete vehement die Anschuldigungen, dass Adolf Hitler und Mussolini die Aufständischen unterstützen würden und kam ihrerseits den Pogromisten mit Geld und Waffen zur Hilfe. In einem Flugblatt, das sich an die

jüdische Bevölkerung richtete, leugnete die Partei jede religiöse, rassistische oder antisemitische Motivation für den arabischen Aufstand und erklärte die Behauptung, die Araber wollten die Juden ins Meer schmeißen, zu einer Propagandalüge (Laqueur 1961: 97; Budeiri 1979: 94–98).

Einzelne in der Partei opponierten gegen die blinde Unterstützung der arabischen Nationalbewegung. Arielev Lev, Parteisekretär in Tel Aviv, entwarf im Mai 1936 ein Flugblatt, in dem die Revolte verurteilt wurde – der Entwurf wurde vom Zentralkomitee der Partei umgehend abgewiesen. Auch Moshe Goi, ebenfalls Sekretär der Tel Aviver Partei-Filiale, äußerte sein Missfallen über die offizielle Linie – und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Wie viele andere aus der palästinensischen KP hinausgedrängte oder ausgeschlossene jüdische Parteimitglieder kämpfte er im Spanischen Bürgerkrieg, wurde verwundet, ging in die Sowjetunion und kehrte später nach Israel zurück. Zahlreiche jüdische Aktivisten verließen die PKP während der Revolte der 1930er Jahre oder wurden passiv (Franzén 2007: 12; Offenberg 1975: 325; Laqueur 1961: 97).

Zuvor kam es zu scharfen Differenzen zwischen der Parteiführung und der Anfang 1937 konstituierten jüdischen Sektion innerhalb der KP, die der Kollaboration mit al-Husseini sehr viel kritischer gegenüberstand. Während das ZK von einer völligen Übereinstimmung der Ziele von Zionismus und Imperialismus ausging, sah die jüdische Sektion deutliche Interessenskonflikte zwischen den zionistischen Bestrebungen und der britischen Mandatsmacht, die sich die PKP zu Nutze machen müsse. Dementsprechend protestierte sie gegen die Hinrichtung eines Aktivisten des rechtszionistischen Irgun durch die Briten, an der diese Interessenskonflikte deutlich wurden. Die jüdische Sektion warf dem Zentralkomitee vor, die durch die Masseneinwanderung jüdischer Flüchtlinge bedingte Veränderung der Situation im Mandatsgebiet nicht realisiert zu haben. Während die Sektion darauf setzte, Einfluss in gemäßigt zionistischen Kreisen zu erreichen und dafür auch bereit war, die ‚legitimen nationalen Ziele‘ der Juden zu akzeptieren, verwies das Zentralkomitee weiterhin auf Stalins Nationskonzept, das Juden den Status einer Nation explizit verweigerte (Dothan 1975: 252–254).

Die Linie, die sich mit der Rebellion ab 1936 in der Partei durchgesetzt hat, sah die jüdische Bevölkerung als „chauvinistisch“ und „reaktionär“ an. Die arabische Bevölkerung wurde hingegen als „fortschrittlich und revolutionär“ eingestuft. Dagegen stand die Einschätzung, die zur Grundlage der jüdischen Sektion wurde: Sie verwarf die Methoden und die Taktik der arabischen Nationalbewegung und sah die Rolle der KP nicht in der

Unterstützung des ‚nationalen Befreiungskampfes‘ der Araber, sondern in der Propagierung der Einheit von Arabern und Juden im Kampf um die soziale Revolution (Budeiri 1979: 93).

Als die Aufständischen im Sommer 1937 unter der Parole „Ein toter Jude ist besser als zehn tote Engländer“ erneut zum Angriff übergingen, führte das zu Sympathiebekundungen des Sekretariats der jüdischen Sektion für den Jischuv. Aktivisten der jüdischen Sektion proklamierten das Recht auf Selbstverteidigung. Nachdem auch die Komintern die Berichte über Kontakte der Führer der arabischen Nationalbewegung in Palästina mit den Achsenmächten nicht mehr ignorieren konnte, forderte das Sekretariat der jüdischen Parteisektion, die KP solle mit dem Mufti brechen. Das Zentralkomitee verwies hingegen darauf, dass der Mufti ein populärer religiöser Führer sei. Kritik oder gar ein offener Bruch mit ihm würde die Akzeptanz der KP bei den arabischen Massen aufs Spiel setzen (Rubenstein 1985: 240–242).

In der Revolte von 1936 bis 1939 kam es zeitweise zu der paradoxen Situation, dass die PKP sich nahezu kritiklos den Positionen der arabischen Nationalbewegung annäherte, während die Komintern scharfe Kritik formulierte. 1938 wurde in einem Artikel in *Imprecorr* von den Arabern „a sympathetic understanding of the aspirations for national statehood within the Yishuv“ verlangt (zit. n. Budeiri 1979: 106). Die Kommunisten in Palästina hingegen unterstützten zwar die nationalen Bestrebungen der Araber, forderten für die jüdische Bevölkerung aber nur Individualrechte ein. Shlomo Naʿaman fasst diese Positionierung treffend zusammen:

Die Solidarität der Juden mit der arabischen Mehrheit sollte sich darin äußern, daß sie sich mit ihrem Minderheitenstatus unter der Herrschaft der arabischen Werktätigen und Bauern abfanden [...], mit dem Ergebnis, daß die jüdische Bevölkerung in Palästina in der PKP einfach einen Teil des Feindeslagers sah. (Naʿaman 1997: 242)

Während die PKP das Recht der Araber verteidigte, selbst zu bestimmen, wen sie Anfang 1939 zur Londoner Konferenz über die Zukunft Palästinas schicken wollten und damit die Nominierung al-Husseinis unterstützte, wurde der Mufti zur gleichen Zeit in der Presse der Komintern für seine Kontakte zu den Achsenmächten kritisiert und die technische und finanzielle Unterstützung des arabischen Aufstandes aus Berlin und Rom scharf attackiert. Im *Journal Communist International* konstatierte ein Artikel über die „Fascist Agitation in the Near East“, dass die Revolte in Palästina aufgehört habe, ein reiner Kampf gegen den britischen Imperialismus zu

sein. Er sei mittlerweile „complicated and influenced by the war aims of the fascist axis against the democracies“ (zit. n. Budeiri 1979: 106). In der ersten Nummer von *Communist International* des Jahres 1939 wurden die Araber Palästinas als Spielfiguren „in the game of fascism“ charakterisiert und aufgerufen, gegen den Mufti zu kämpfen. Gleichzeitig wurde der Aufruf der jüdischen Sektion in der PKP zum gemeinsamen Kampf von Zionisten und Nicht-Zionisten unterstützt.

Erst im Mai 1939 gab das Zentralkomitee der PKP in internen Papieren zu, dass es Kontakte zwischen einigen arabischen Führern und den faschistischen Ländern gäbe. Zunächst warteten die ZK-Mitglieder noch mit rechtfertigenden Erklärungen auf, die auf die Verzweiflung der arabischen Führung angesichts der unterstellten gemeinsamen Front von Zionismus und Imperialismus verwiesen. Doch später gestand man zumindest intern ein, die Gefahr einer faschistischen Einflussnahme auf die arabische Nationalbewegung unterschätzt zu haben, und dass al-Husseini spätestens ab 1938 ein „Agent des Faschismus“ geworden sei – zu einem Zeitpunkt, als die Partei ihn offen unterstützte (Budeiri 1979: 106–108). Die linkssozialistische Organisation arabischer sozialistischer Arbeiter, die als arabische Fraktion innerhalb von Poale Zion agierte und 1941 gegründet wurde, sprach in einer Nachbetrachtung hinsichtlich des arabischen Aufstandes explizit von „gewalttätigen Banden“, die „unser Land unsicher gemacht“ haben und „mit Hilfe der faschistischen Staaten unterstützt“ wurden (zit. n. Wildangel 2007: 303).

Neben der Unterstützung des arabischen Aufstandes rechtfertigte das ZK der PKP in den 1930 Jahren die Versuche der britischen Mandatsmacht, die anhaltende Immigration jüdischer Flüchtlinge aus Europa nach Palästina zu unterbinden. Angesichts der dramatischen Entwicklungen in Deutschland wurden anfänglich noch Zweifel an der Agitation gegen die jüdische Einwanderung laut. Aber bereits im Juni 1933 wurde ein Protest gegen die Immigration publiziert. 1936 wurden von der KP im Hafen von Haifa Flugblätter unter jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland verbreitet, in denen ein Ende der Immigration gefordert wurde (Laqueur 1961: 93f.). Die gleiche Forderung findet sich in der Proklamation des ZKs zum 1. Mai 1936 (Merhav 1980: 78). Die Partei erklärte, das Land Palästina würde nicht mehr als die ohnehin vorhandene Bevölkerung verkraften. Im Übrigen würden die Nazis nicht nur die Juden, sondern auch alle erdenklichen anderen Menschen unterdrücken. Die angemessene Reaktion von Juden bestünde nicht darin, das Land zu verlassen, sondern im gemeinsamen Kampf mit den nichtjüdischen Arbeitern (Budeiri 1979: 78; Franzén 2007: 9).

Das ZK der Partei rechtfertigte selbst noch den Beschuss jener Schiffe durch die Briten, die illegale Einwanderer nach Palästina brachten. Die jüdische Sektion schreckte zwar vor der Unterstützung des Beschlusses von Flüchtlingsschiffen zurück, teilte aber, nach heftigen internen Debatten, die Ablehnung der anhaltenden Einwanderung. Sie wollte diese Ablehnung allerdings nicht wie das ZK der Partei ins Zentrum der Agitation stellen und verwies darauf, dass ein weiterer Zuzug jüdischer Flüchtlinge zumindest dann legitim wäre, wenn im Land gleiche Rechte für Araber und Juden verwirklicht seien (Dothan 1975: 253; Rubenstein 1985: 242).

Die KP im Zweiten Weltkrieg

Während die KP von 1936 bis 1939 in Palästina mit den Verbündeten der Nazis und der italienischen Faschisten kooperierte, verfolgte sie auf internationaler Ebene bis 1939 eine antifaschistische Linie in Übereinstimmung mit der Position der Komintern und der Sowjetunion. Bis zum Hitler-Stalin Pakt beteiligte sie sich auch an der Verbreitung der Behauptung einer angeblichen Zusammenarbeit von Nazis und Zionisten. Nach Abschluss des Abkommens zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion im August 1939 zögerte die PKP nur kurz, Stalins Bündnispolitik als wichtigen Schritt zur Erhaltung des Friedens zu rechtfertigen und den Pakt als gelungenen Versuch Stalins zu interpretieren, den angeblichen Plan der westlich-kapitalistischen Staaten zu durchkreuzen, die Aggressionen Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion zu lenken. In einer ersten Reaktion wurde noch das Festhalten an einer antifaschistischen, klar gegen Nazi-Deutschland gerichteten Politik gefordert. Doch auch in dieser Frage unterwarf man sich nach kurzer Zeit den Direktiven aus Moskau: Nach dem Hitler-Stalin-Pakt im August 1939 wurde der deutsche Nationalsozialismus in der PKP als Verbündeter der Sowjetunion betrachtet – die Zweifel und das Unbehagen dürften aber doch noch etwas größer gewesen sein als in anderen kommunistischen Parteien (Rubenstein 1985: 234f.; Keßler 1994: 52f.; Laqueur 1961: 104–106; Bunzl 2008: 82).

Als diese Linie durchgesetzt werden sollte, kam es zur Konfrontation mit der jüdischen Parteisektion, die vorher in Flugblättern zur Teilnahme am Krieg gegen Nazideutschland aufgerufen hatte. Doch schon bald konnte trotz dieser Meinungsverschiedenheiten ein Übereinkommen erreicht werden, dass Propaganda gegen den Krieg notwendig sei. 1940, nach der Auflösung der jüdischen Sektion, setzt eine massive Agitation gegen die

englischen Kriegsanstrengungen ein – beispielsweise gegen Rekrutierungsbemühungen in Palästina. Die Parteikader in Palästina meinten offenbar, sich selbst noch in einer Situation der existenziellen Bedrohung für die europäischen Juden auf Lenins Diktum aus dem Ersten Weltkrieg beziehen zu können, wonach der Hauptfeind stets im eigenen Land stehe (Flores 1980: 285). Die deutschen und italienischen Armeen in Afrika wurden zwar als Gefahr betrachtet, dennoch wurde proklamiert: „Churchills Armeen sind in Palästina, es ist unsere erste Pflicht den Feind im Innern zu bekämpfen.“ (Zit. n. Wildangel 2007: 306) Die „arabischen Massen“ erhielten Lob dafür, dass sie den Charakter dieses „imperialistischen Krieges“ verstanden hätten und gegen ihn kämpfen würden. Die arabischen Führer, die sich weigerten, ihre Beziehungen zu Nazi-Deutschland abubrechen, wurden in ihrer Haltung bestärkt. In Flugblättern agitierte die KP gegen die „verräterischen Zionisten“ und die britischen „Kriegshetzer“. Selbst noch zu dieser Zeit wurden die Versuche der Hagana kritisiert, Juden aus Europa nach Palästina zu bringen (Laqueur 1961: 106f.).

1940 folgte die PKP der neutralistischen Linie der Komintern. Bei Kriegsausbruch im September 1939 hatte man sich jedoch einen Ausrutscher erlaubt. In einem Flugblatt, das unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf Polen verteilt wurde, bezog die KP klar Stellung gegen die „faschistische Aggression“, die als Resultat der westlichen Appeasementpolitik gedeutet wurde. Doch ähnlich wie bei den Ereignissen von 1929 wurde die Position aus dieser ersten spontanen Reaktion umgehend revidiert. Die nun folgende Kampagne gegen den „imperialistischen Krieg“, in dem keine Stellung bezogen werden könne, dauerte bis kurze Zeit nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941. Als Hauptfeind wurde der „britische Imperialismus“ betrachtet, der in einem hebräischen Flugblatt von 1940 mit dem Nationalsozialismus und der Mussolini-Diktatur gleichgesetzt wurde. Als die Briten 1941 im Irak das prodeutsche Regime von Rashid Ali al-Gailani stürzten, verurteilte die KP die britische Intervention (Budeiri 1979: 129f.).

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion behielt die KP zunächst ihre Linie bei und agitierte kurzzeitig weiter gegen die Briten und gegen jegliche Rekrutierungsbemühungen in Palästina. Unmittelbar nach Beginn des Unternehmens Barbarossa rief die Parteileitung zum Streik auf, um einerseits die „zionistisch-imperialistische“ Kriegsmobilisierung zu attackieren und andererseits „Solidarität“ mit der Sowjetunion zu demonstrieren. Auch viele jüdische Parteimitglieder glaubten, der Angriff sei das Resultat eines Übereinkommens der Faschisten und der westlichen Demokratien; jeder

Eintritt in die britische Armee wäre nur eine Stärkung der Feinde der Sowjetunion. Erst vier Monate nach dem deutschen Angriff unterstützte die Partei den Eintritt in die alliierten Armeen. Die Kommunisten in Palästina warteten bis Oktober 1941, bis sie zu einer antifaschistischen Front und zum Eintritt von Juden und Arabern in die britische Armee aufriefen, deren Soldaten nun zu „Waffenbrüdern der heldenhaften Roten Armee“ mutierten (Laqueur 1961: 108; Budeiri 1979: 133). Als eines der Hauptargumente für den Kampf gegen den Nazismus wurde jedoch stets angeführt, dass die antisemitischen Verfolgungen in Europa nur den Zionisten nützen würden und der Sieg über Faschismus und Nationalsozialismus auch der zionistischen Einwanderung nach Palästina ein Ende bereiten würde, wie der Parteisekretär al-Hilu in einer viel beachteten Rede 1943 in Jaffa erklärte (Achcar 2010: 54).⁶

Wie schon zuvor gab es auch beim Hitler-Stalin-Pakt jüdische Mitglieder der KP, die gegen die Parteilinie opponierten. Während sich die Parteileitung der neutralistischen Linie der Sowjetunion anschloss, unterstützten einzelne wie beispielsweise Chanoch Brzoza, der knapp 20 Jahre später wegen „jüdisch-nationalistischer Abweichung“ aus der Partei ausgeschlossen wurde, die zionistischen Mobilisierungsbemühungen (Beinin 1990: 192). Der Konflikt zwischen Parteiführung und der Mehrzahl der jüdischen Parteimitglieder prägte auch die folgenden Jahre. 1940 existierte eine Situation, in der sich die Parteileitung mit der Zeitschrift *Kol Ha'am* (Volksstimme) und die früheren Mitglieder der Ende 1939 aufgelösten jüdischen Sektion gegenüberstanden, die sich um ihre neue Publikation *HaEmet* (Die Wahrheit) sammelten. Faktisch war die Partei gespalten, doch 1942 kam es angesichts der Kriegssituation zu einer kurzfristigen Wiedervereinigung. 1943 spaltete sich die Partei jedoch erneut. Der arabische Teil gründete die Nationale Befreiungsliga (NBL), die sich nicht offen als kommunistische Bewegung zu erkennen gab (Kaufman 1997: 25). Noch Anfang 1944, als die Vernichtungspolitik der Nazis in Europa im vollen Gange war, bekräftigte die NBL die Ablehnung der jüdischen Einwanderung nach Palästina (Wildangel 2007: 312).⁷ Mehrfach biedernte sie sich al-Husseini an, doch in den

6 Zur Kritik an der antizionistischen Agitation in Achcars Darstellung und seinen unhaltbaren Vorwürfen gegenüber Kritikern der Kollaboration von Teilen der arabisch-palästinensischen Gesellschaft mit dem Nationalsozialismus siehe Maede/Küntzel (2011: 805–815).

7 Wildangels Darstellung ist von dem Bestreben geprägt, nicht nur Erklärungen, sondern Entschuldigungen für derartige Positionierungen wie auch für den arabischen und islamischen Antisemitismus im Allgemeinen anzuführen.

Augen des arabischen politischen Establishments blieb die NBL trotz ihrer antizionistischen Positionierung viel zu nachgiebig und kompromissbereit gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Palästina (Laqueur 1961: 111; Kaufman 1997: 26).

Der jüdische Teil der Partei agierte weiterhin als PKP, war allerdings vom Kampf der Gruppe um Shmuel Mikunis, der später eine entscheidende Rolle bei der überlebensnotwendigen Waffenbeschaffung aus den realsozialistischen Ländern für den israelischen Unabhängigkeitskrieg spielen sollte, und dem strikt antizionistischen Flügel um Meir Vilner, der in den 1960er Jahren die prosowjetische und mehrheitlich arabische Reshima Komunistit Hadasha (Rakach – Neue Kommunistische Liste) mitgründete, geprägt. Die PKP hatte zudem mit zahlreichen Abspaltungen zu kämpfen, die den Prozess einer Annäherung an die Befürwortung einer jüdischen Staatsgründung begleiteten.

Prozionistische Wende

Diese Annäherung an den zionistischen Mainstream wurde bereits 1945 deutlich, als den Parteimitgliedern erlaubt wurde, der zionistischen Einheitsgewerkschaft Histadrut beizutreten. Die PKP proklamierte nun den Kampf für einen demokratischen und unabhängigen arabisch-jüdischen Staat, was in etwa dem Konzept des Binationalismus entsprach, wie es schon lange vom linkssozialistischen HaShomer HaZair vertreten wurde. 1946 wird die Rückkehr al-Husseinis in den Nahen Osten völlig richtig als Gefahr für eine Aussöhnung zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung kritisiert. Er werde „seine in Berlin gesammelte Erfahrung dafür ausnutzen, den antiimperialistischen Kampf in eine antijüdische Bahn [...] abzulenken“, hieß es in einem Beitrag der deutschsprachigen Ausgabe von *Kol Ha'am* (Wilenska 1946).⁸

1947 hielt Andrei Gromyko seine berühmte Rede in der UNO, in der er die sowjetische Unterstützung für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina erklärte. Die Mehrzahl der jüdischen Kommunisten in Palästina begrüßte diese Wende in der sowjetischen Position. Die arabischen Kommunisten hingegen gerieten gegenüber ihrer Community in Erklärungsnotstand. Nichtsdestotrotz werden sie in der Folge auch diesen Schwenk in

8 Die Zeitung wurde damals außer auf Hebräisch und Arabisch auch in mehreren europäischen Sprachen im Mandatsgebiet verbreitet.

der sowjetischen Außenpolitik mittragen, der weniger aus einer Einsicht in die Notwendigkeit des Zionismus als aus dem Bestreben, den britischen Einfluss im Nahen Osten zurückzudrängen, erklärt werden muss.

1947 wird die Anerkennung der Idee eines jüdischen Staates durch die PKP offizielle Parteilinie, was seinen Niederschlag in der Umbenennung in Kommunistische Partei in Eretz Israel findet. 1947/48 erfolgt die Teilung in die KP Israels und die KP Jordaniens. In Adaptierung der Positionierung aus der Gromyko-Rede unterstützt die israelische KP den Unabhängigkeitskrieg, ruft ihre Mitglieder zur Beteiligung auf und kritisiert die sozialdemokratische Führung des jungen Staates zeitweise wegen ihrer militärischen Zurückhaltung. Im neu entdeckten Patriotismus versucht sie nun alle anderen Parteien zu überbieten: Im Herbst 1949 fordert sie die Einverleibung Jerusalems als Hauptstadt Israels von der sozialdemokratischen Staatsführung, die in dieser Frage permanent vor dem Druck des US-amerikanischen Imperialismus zurückweiche. Nachdem die Sowjetunion jedoch für die Internationalisierung der Stadt eintrat, adaptierten die israelischen Kommunisten auch diese Position, was durch eine scharfe Selbstkritik an der bisher vertretenen Position in *Kol Ha'am* eingeleitet wurde (Bunzl 2008: 55f.).

Die arabisch-kommunistische NBL rang sich mehrheitlich zur Akzeptanz der neuen sowjetischen Position durch. Das hinderte die arabische Linke allerdings nicht daran, weiterhin auf gute Beziehungen zu den Führern der reaktionär-antisemitischen Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft zu setzen. Das Arab Workers Council schickte noch im April 1948 ein Beileidsschreiben an den aus Nazi-Deutschland zurückgekehrten Mufti, nachdem mit Abd al-Qadir einer seiner Verwandten während einer militärischen Operation getötet wurde (Beinin 1990: 48)

Doch der Respekt vor der sowjetischen Außenpolitik überwog die Sympathien für die Bekämpfung der jüdischen Staatsgründung. Die NBL verteilte Flugblätter an ägyptische und jordanische Soldaten, die sie zur Rückkehr und zum Sturz ihrer einheimischen Herrscher aufforderten, und sie organisierte Demonstrationen im heutigen Westjordanland gegen die Anwesenheit von fremden arabischen Truppen im Land. Im Oktober 1948 verabschiedete die NBL gemeinsam mit den kommunistischen Parteien Iraks, Libanons und Syriens ein Kommuniqué, in dem die arabische Invasion in Palästina verurteilt und die Teilung des Landes unterstützt wurde (ebd.: 49–52).

Über ein Vierteljahrhundert, von 1919 bis Mitte der 1940er Jahre, haben die Kommunisten die Gründung eines eigenständigen jüdischen Staates in

Palästina bekämpft. Doch in Adaptierung der neuen Politik der Moskauer Zentrale unterzeichnete die PKP 1948 die israelische Unabhängigkeitserklärung und ihr Generalsekretär wurde eines der 31 Mitglieder des vorläufigen Regierungsrates. Ab Oktober 1948 agierten die Kommunisten als Miflaga Komunistit Israelit (MAKI). Mit der Gründung der MAKI kommt es zur Wiedervereinigung von PKP und NBL. Auch viele der kurzlebigen Abspaltungen wie die Hebräischen Kommunisten gliedern sich wieder ein, werden allerdings schon Anfang 1949 mehrheitlich ausgeschlossen, woraufhin die meisten von ihnen in der Mifleget HaPoalim HaMeukhedet (MAPAM) eine neue politische Heimat finden.

MAPAM, die Vereinigte Arbeiterpartei, wurde im Januar 1948 gegründet und war ein Zusammenschluss der linkssozialistischen Poale Zion Smol und des HaShomer HaZair mit Teilen der Ahdut HaAvoda, einer linkszentristischen Gruppierung, die in den späteren parteiinternen Auseinandersetzungen zu den ersten Kritikern einer Kooperation mit Islamisten gehörte, wie sie sich etwa in der von der Parteilinken betriebenen Unterstützung für die Muslimbrüder zeigte (Rubenstein 1985: 325). Die MAPAM schwankte stets zwischen zionistischen und gemäßigt antizionistischen Positionen, zwischen Stalinismus und Linkssozialismus. In der Regel kritisierte die MAPAM den mal tatsächlichen, mal vermeintlichen Antizionismus der MAKI als „kosmopolitische Attitude“ (zit. n. Laqueur 1961: 117) und wäre gerne die wahre, weil national verantwortliche kommunistische Partei in Israel gewesen und international als solche anerkannt worden – was ihr aber verwehrt blieb.

Slánský-Prozess und Sinai-Feldzug

Auch wenn die Unterstützung der israelischen Staatsgründung durch die Stalinisten angesichts der zuvor für über zwei Jahrzehnte vertretenen Positionen als Opportunismus erscheint und vor allem bei den arabischen Parteimitgliedern mehr der Unterwürfigkeit gegenüber den Anweisungen aus Moskau als einer Einsicht in die geschichtliche Notwendigkeit des Zionismus geschuldet war, kann die Beteiligung am israelischen Staatsgründungsprozess bei gleichzeitiger Bemühung um eine Aussöhnung mit der arabischen Bevölkerung als eine Phase einer vergleichsweise realistischen, die Erfahrung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik reflektierenden Politik beschrieben werden. Doch schon kurze Zeit später war von solch einem Realismus, der den Kommunisten eine wichtige Rolle bei einer

Vermittlung in den absehbaren Konflikten zwischen dem jungen jüdischen Staat und seinen arabischen Nachbarn hätte bescheren können, abermals wenig zu vernehmen. Ende 1948 begannen Rumänien, Ungarn und Polen, die jüdische Auswanderung nach Israel zu beschränken und stellten Juden wegen „zionistischer Aktivitäten“ vor Gericht. Die MAKI schwang sich zur vorbehaltlosen Verteidigung der so genannten Volksdemokratien auf, was ihr die Kritik ihrer Konkurrenten von der MAPAM einbrachte (Beinin 1990: 123). Anfang 1949 wurden Parteimitglieder, die auf einer Diskussion über die antisemitischen Vorfälle in der Sowjetunion bestanden, aus der MAKI ausgeschlossen (Bunzl 1985: 55). Es galt die Linie, wonach es in den realsozialistischen Ländern per Definition keinen Antisemitismus geben könne, was in einem Beitrag in der deutschsprachigen Ausgabe von *Kol Ha'am* deutlich zum Ausdruck kommt:

Den entscheidenden Kampf für die Befreiung der Völker Russlands – unter ihnen das jüdische Volk – hat Lenin zusammen mit seinem genialen Freund Stalin geführt. [...] Die Große Oktoberrevolution hat den Antisemitismus in Russland vernichtet und die Judenfrage für alle Zeiten dort gelöst. (Feikin 1947: 14)

1952 wurde Mordechai Oren vom linken Flügel der MAPAM in Prag verhaftet, wegen Spionage und Unterstützung des „imperialistischen Zionismus“ angeklagt und im Rahmen einer groß angelegten antisemitischen Kampagne als *missing link* zwischen dem Zionismus und den tschechoslowakischen „Verrätern“ um Rudolf Slánský präsentiert. Nach erbitterten Diskussionen stimmte die MAPAM mit 232 zu 49 Stimmen für die Verurteilung des Prager Prozesses als antisemitische Ungeheuerlichkeit. Doch auch in der MAPAM gab es einen stalinistischen Flügel um Moshe Sneh, der selbst noch die Kampagnen im Prager Slánský-Prozess und wenig später auch bei den nicht minder antisemitischen Moskauer Ärzte-Prozessen verteidigte.

Auch die MAKI rechtfertigte sowohl den Slánský-Prozess als auch die Verfolgung der Ärzte in der Sowjetunion. Als in der Knesset im November 1952 eine Resolution zur Verurteilung des Prager Prozesses diskutiert wurde, wartete Meir Wilner für die MAKI mit einer Verteidigung der tschechoslowakischen Anschuldigungen auf (Rubenstein 1985: 325f.; Beinin 1990: 130f.; Kaufman 1997: 33). Redner, die auf den Antisemitismus in der Tschechoslowakei hinwiesen, wurden nach den Erinnerungen des sozialdemokratischen Staatsgründers von den Stalinisten mit Zwischenrufen unterbrochen. Die MAPAM verurteilte zwar die Verhaftung und Anklage

Mordechai Orens, konnte sich aber nicht zu einer Solidarisierung mit allen im Rahmen des Slánský-Prozesses Verfolgten entschließen, was von David Ben Gurion scharf kritisiert wurde (Ben Gurion 1973: 415, 418).

Sneh wurde 1953 aus der MAPAM ausgeschlossen, versuchte es kurzzeitig mit einer eigenständigen Linksozialistischen Partei und trat 1954 der MAKI bei. Seine Rechtfertigung der antisemitischen Kampagne in der Tschechoslowakei wurde von *Al Hamishmar*, der Parteizeitung der MAPAM, abgelehnt. Die parteikommunistische *Kol Ha'am* druckte sie umso begeisterter. Die Zeitung der israelischen KP reihte sich damit in die Phalanx jener internationalen Parteipublikationen ein, die, wie etwa die österreichische *Volksstimme*, den Slánský-Prozess nicht zur Selbstbesinnung und zur Kritik am sowjetischen Antisemitismus nutzten, sondern die antisemitischen Diffamierungen der Angeklagten entweder übernahmen oder legitimierten (Grigat 2025: 164).

Die antisemitischen Kampagnen in den Ostblockstaaten wurden in Israel sehr aufmerksam verfolgt. Die staatstragende sozialdemokratische MAPAI verurteilte von Beginn an scharf den Antisemitismus in der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, was ihr von den Parteikommunisten als Antikommunismus angekreidet wurde. Während MAKI und der stalinistische Flügel von MAPAM selbst noch die antisemitischen Kampagnen in den Ostblockstaaten verteidigten, sahen rechtszionistische Aktivisten in Israel die Zeit zum Handeln gekommen: Am 9. Februar 1953 wurde – offensichtlich als Reaktion auf den Slánský-Prozess und die Ärzte-Kampagne – eine Bombe in der sowjetischen Botschaft in Tel Aviv gezündet (Krammer 1974: 202).

Die MAKI hielt ihre Treue zur Sowjetunion auch aufrecht, nachdem Nikita Chruschtschow Ende 1955 erklärt hatte, der israelische Staat habe vom Beginn seines Bestehens an seine Nachbarn bedroht und eine feindselige Politik gegen sie verfolgt. Diese abermalige Wende in der sowjetischen Politik war keine leichte Kost für die israelischen Kommunisten: Der Hinweis auf den arabischen Angriff auf den jungen israelischen Staat, der verdeutlicht, dass Chruschtschows Behauptung eine Verkehrung der realen Verhältnisse darstellte, war stets eine wichtige Legitimation sowohl von der MAKI als auch der MAPAM für ihre Unterstützung des zionistischen Aufbaus gewesen.

Die Parteispaltung von Mitte der 1960er Jahre kündigte sich nun bereits an. Während zahlreiche der arabischen Parteiführer nach dem XX. Parteitag der KPdSU forderten, die Anerkennung Israels durch die Sowjetunion als „stalinistischen Fehler“ einzustufen (Kaufman 1997: 34), verabschiedete-

te sich Sneh, eine der zentralen Figuren zuerst bei MAPAM und dann in der MAKI, langsam von seinen antizionistischen und strikt prosowjetischen Positionen. Er bezeichnete Nasser, den neuen panarabischen Bündnispartner Moskaus, der in den 1950er Jahren von arabischen Israelis auf 1. Mai-Demonstrationen als nahender Rächer gepriesen wurde (ebd.: 62), als „reaktionär“ (zit. n. Seliger 1976: 251). Führungskader wie Mikunis und Ester Vilenska kritisierten die antiisraelischen Reden, die Walter Ulbricht während seiner Nahost-Reisen zur Freude seiner arabischen Gastgeber hielt (Merhav 1980: 73). Bei der MAPAM kam es zu einer deutlichen Absetzbewegung von Moskau und Ende der 1950er Jahre emanzipierte sie sich zusehends vom Marxismus-Leninismus als ideologischem Rüstzeug. Die MAKI hingegen verteidigte selbst noch den unter der Schirmherrschaft Moskaus eingefädelten Waffendeal zwischen Ägypten und der Tschechoslowakei, der allen Beobachtern die Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik deutlich vor Augen führte (Beinin 1990: 168).

1956 kam es abermals zu einer jener bemerkenswerten Anpassungsleistungen der israelischen Stalinisten an die Vorgaben aus Moskau, wie man sie bereits von 1929 oder aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs kannte. Anfänglich unterstützte die MAKI den Sinai-Feldzug als, wie es in *Kol Ha'am* hieß, „Polizeiaktion gegen blutrünstige Marodeure und den Pharaoh vom Nil.“ Doch nach nur zwei Tagen hatte die Parteiführung die völlig entgegengesetzte Einschätzung der Sowjetunion übernommen und schwang sich zur Verdammung der „imperialistischen Aggression“ auf (zit. n. Rubenstein 1985: 331f.). Die MAPAM hingegen unterstützte nach anfänglicher Kritik den Sinai-Krieg mit militanter antiimperialistischer Rhetorik und forderte die Annektierung des Gaza-Streifens, wohingegen die Sozialdemokraten der MAPAI ihrem Pragmatismus treu blieben und auf Grund des internationalen, insbesondere US-amerikanischen Drucks den Rückzug aus den eroberten Gebieten vorbereiteten (Beinin 1990: 176f.).

Parteisplaltung und Verharmlosung des Islamismus

Der seit den 1920er Jahren existierende Dauerkonflikt zwischen jüdischen und arabischen Parteimitgliedern führte 1965 abermals zur Spaltung der KP. Bekannte arabische Mitglieder wie Emile Habibi und Tawfik Tubi gründeten gemeinsam mit Meir Vilna als Abspaltung von der MAKI unter Mikunis und Sneh die Rakach. In der Folge wettern die beiden über den im einen Fall jüdischen, im anderen arabischen Chauvinismus der

Konkurrenz. MAKI unterstützte den Sechs-Tage-Krieg 1967 als legitime Selbstverteidigung; Rakach verurteilte ihn als Aggressionskrieg, was ihr die alleinige Anerkennung durch die KPdSU als legitime Bruderpartei und Wahlempfehlungen aus Kairo einbrachte (Seliger 1976: 252; Merhav 1980: 75).

Eine kritische Aufarbeitung der Parteigeschichte fand bisher kaum statt. In ihrer Stellungnahme zum 60. Jahrestag der israelischen Staatsgründung verwies MAKI zwar auf ihre Unterstützung des Teilungsplanes 1947/48, erwähnt aber mit keinem Wort den fast 20 Jahre währenden Kampf ihrer Vorläuferorganisationen gegen die Etablierung eines jüdischen Staates im palästinensischen Mandatsgebiet (CPI 2008). Auch am Beginn des 21. Jahrhunderts waren die Bolschewisten „proud of the party’s history“ (CPI 2002: 12) und hielten unbeirrt an der Legitimationsideologie des Stalinismus, dem Marxismus-Leninismus, fest. Eine der bis heute wichtigsten kommunistischen Politikerinnen in Israel, Tamar Gozansky, hielt die Einschätzungen der KP hinsichtlich der arabischen Nationalbewegung aus den 1920er und 30er Jahren auch 2006 noch für gelungen (Grigat 2006). Der Historiker Ilan Pappé, der mehrere Jahre bei dem von der KP dominierten Bündnis HADASCH mitgearbeitet und im Sieg der Hamas bei den Parlamentswahlen 2006 „das einzig Gute“ gesehen hat, „was in den letzten Jahren passiert ist“, vertritt ebenfalls die Position, dass die Ereignisse von 1929 nichts mit Antisemitismus zu tun hatten (ebd.). Roni Ben Efrat von der Organisation Da’am, die nach der zweiten Intifada zu den wenigen linken Gruppen gehörte, die kritische Artikel über den Antisemitismus in der palästinensischen Gesellschaft publizierten (Agbarieh 2004), unterstützte bezüglich der Pogrome von 1929 auch Jahrzehnte später die Position der Komintern, also die Uminterpretation der antijüdischen Angriffe in einen antiimperialistischen Aufstand. Der 2013 verstorbene Akiva Orr, in den 1950er Jahren KP-Mitglied und 1962 einer der Mitbegründer der neomarxistischen *Matzpen*-Gruppe, sah in der anfänglichen Charakterisierung der Übergriffe von 1929 als Pogrome einen Fehler der KP-Führung. Auch die Revolte unter Führung des Muftis in den 1930er Jahren habe nichts mit Antisemitismus zu tun gehabt (Grigat 2006).

Derartige historische (Fehl-)Einschätzungen korrespondieren mit den Positionierungen hinsichtlich der Hamas oder des iranischen Regimes in den letzten Jahren. Die israelischen Schläge gegen das iranische Regime und sein Nuklearwaffenprogramm 2025 hat die KP Israels eindeutig verurteilt (MAKI 2025). Gozansky meint: „Wir haben Angst vor der israelischen Regierung, nicht vor der Hamas“, und die israelischen Premierminister

seien „viel gefährlicher“ als die Präsidenten des iranischen Regimes (Grigat 2006). Wie fast alle antizionistischen Linken in Israel fordert sie einen atomwaffenfreien Nahen Osten statt der „einseitigen Verurteilung“ des iranischen Regimes wegen seines Atomprogramms (ebd.).

In derartigen Äußerungen und Positionierungen setzen sich die fatalen Fehleinschätzungen der arabischen Nationalbewegung und die Verharmlosung des arabischen und islamischen Antisemitismus aus der Frühzeit der kommunistischen Bewegung in Israel und Palästina fort. Sowohl die Positionierungen in den 1920er und 30er Jahren als auch die aktuellen Einschätzungen sind unter anderem in dem theoretischen Antisemitismusverständnis begründet, das in der radikalen israelischen Linken vorherrschend war und ist. In der Kommunistischen Partei wie auch bei der Mehrzahl der heute aktiven linken und linksradikalen Gruppen ist man über die Erklärungsmuster des Marxismus-Leninismus kaum hinausgekommen. Der Antisemitismus wurde und wird nicht als von wahnhaften Projektionen getriebene Sicht auf die Welt kritisiert, sondern lediglich als Herrschaftsinstrument begriffen, das von der Bourgeoisie zur Spaltung der Arbeiterklasse oder von den israelischen Eliten zur Ablenkung von der Besatzungspolitik bewusst eingesetzt werde (Grigat 2011).

So wichtig einzelne Aktivitäten der historischen Kommunisten und der aktuellen Linken für die israelische Gesellschaft auch gewesen sein mögen – sowohl die PKP und die MAKI als auch die späteren Linksradikalen (ebd.) haben systematisch zur Verharmlosung des Antisemitismus beigetragen. Im Bündnis mit der arabischen Nationalbewegung unter Führung von Amin al-Husseini in den 1930er Jahren und bei der Verteidigung der stalinistischen Schauprozesse und Kampagnen gegen den „Kosmopolitismus“ in den 1950er Jahren haben die israelischen Bolschewisten und Stalinisten ihn aktiv unterstützt.

Literatur

- Achcar, Gilbert (2010): *The Arabs and the Holocaust. The Arab-Israeli War of Narratives*, London: Metropolitan Books.
- Agbarieh, Asma (2004): *Flirting with Anti-Semitism*, in: Z, 11.01.2004, <https://znetwork.org/znetarticle/flirting-with-anti-semitism-by-asma-agbarieh/>.
- Beinin, Joel (1990): *Was the Red Flag Flying There? Marxist Politics and the Arab-Israeli Conflict in Egypt and Israel, 1948–1965*, Berkeley: University of California Press.

- Ben Gurion, David (1973): Israel. Die Geschichte eines Staates, Frankfurt am Main: Fischer.
- Berger, Joseph (1971): Shipwreck of a Generation. The Memoirs of Joseph Berger, London: Harvill.
- Berliner Abgeordnetenhaus (2025): Wortprotokoll Enquete-Kommission „Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung“, 4. Sitzung, 13.06.2025, <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/enko/protokoll/en19-004-wp.pdf>.
- Borochov, Ber (1969): Die Grundlagen des Poalezionismus, Frankfurt am Main: Borochov Press.
- Budeiri, Musa (1979): The Palestine Communist Party 1919–1948. Arab and Jews in the Struggle for Internationalism, London: Haymarket Books.
- Bunzl, John (1985): Die Sowjetunion und der Nahe Osten. Elemente einer Analyse, in: Bunzl, John/Flores, Alexander/Rasoul, Fadil: Falscher Alarm? Studien zur sowjetischen Nahostpolitik, Wien: Braumüller, 13–148.
- Bunzl, John (2008): Israel im Nahen Osten. Eine Einführung, Wien: Böhlau.
- CPI – Central Committee of the Israeli Communist Party (2002): 24th Congress. Report of the Central Committee, Tel Aviv: The Communist Party of Israel.
- CPI – Central Committee of the Israeli Communist Party (2008): Sixty years of the State of Israel are sixty years of missed opportunities and of struggles for peace, democracy and equality, Tel Aviv: The Communist Party of Israel.
- Dothan, Shmuel (1975): The Jewish Section of the Palestine Communist Party, 1937–1939, in: Carpi, Daniel/Yogev, Gedalia (Hg.): Studies in the History of the Zionist Movement and of the Jewish. Community in Palestine, Vol. 1, Tel Aviv: Tel Aviv University Press, 239–262.
- Feikin, I.: Lenin und die Juden, in: Volksstimme, 15.01.1947.
- Flores, Alexander (1980): Nationalismus und Sozialismus im arabischen Raum. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina, 1919–1948, Münster: Periferia.
- Franzén, Johan (2007): Communism versus Zionism: The Comintern, Yishuvism, and the Palestine Communist Party, in: Journal of Palestine Studies, 36(2), 6–24.
- Gozansky, Tamar/Timm, Angelika (Hg.) (2009): Wider den Strom! Die Kommunistische Partei Israels (KPI) 1919–2009. Artikel und Plakate, Tel Aviv: Rosa-Luxemburg-Stiftung, https://api.rosalux.org.il/uploads/Wider_den_Strom_8336c4f6fc.pdf.
- Greenstein, Ran (2014): Zionism and its Discontents. A Century of Radical Dissent in Israel/Palestine, London: Pluto Press.
- Grigat, Stephan (2006): Interviews im Rahmen des Forschungsprojekts „Israel’s Anti-Zionist and Pacifistic Left: Its Relation to and Perception in Austria and Germany“, Academic College Tel Aviv-Jaffo, MP3-Disc (im Besitz des Verfassers).
- Grigat, Stephan (2009): Mit dem Mufti gegen den Zionismus – mit Gromyko für Israel. Aus der Frühgeschichte der israelischen und palästinensischen Kommunistischen Partei, in: Transversal. Zeitschrift für Jüdische Studien, 10(2), 97–127.

- Grigat, Stephan (2011): „Dezionisierung Israels“. Thesen zum linken Antizionismus in Israel, in: Transversal. Zeitschrift für Jüdische Studien, 12(1/2), 131–147.
- Grigat, Stephan (2014): Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung, Hamburg: Konkret.
- Grigat, Stephan (2025): Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel. Interventionen zur Kritik des Antisemitismus, Opladen: Barbara Budrich.
- Hen-Tov, Jacob (1974): Communism and Zionism in Palestine: The Comintern and the Political Unrest in the 1920s, Cambridge, Mass: Schenkman.
- Jorda, Iwo (1943): Araber-Aufstand. Erlebnisse und Dokumente aus Palästina, Wien/Leipzig: Wilhelm Braunmüller.
- Karpel, Dalia (2004): A revolutionary life, in: Haaretz, 09.12.2004, <https://www.haaretz.com/2004-12-09/ty-article/a-revolutionary-life/0000017f-deel-db22-a17f-fe13a760000>.
- Kaufman, Ilana (1997): Arab National Communism in the Jewish State, Gainesville: University Press Florida.
- Krammer, Arnold (1974): The Forgotten Friendship. Israel and the Soviet Bloc 1947–53, Illinois: University of Illinois Press.
- Keßler, Mario (1994): Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897 bis 1933, Berlin: Akademie-Verlag.
- Keßler, Mario (2017): Die Komintern und die Poale Zion 1919–1922: Eine gescheiterte Synthese von Kommunismus und Zionismus, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte, 16(2), 15–30.
- Keßler, Mario (2019): The Palestinian Communist Party in the Interwar Period. Internationalism versus nationalism: an overview, in: Rosa Luxemburg Stiftung, 27.08.2025, https://www.rosalux.de/en/publication/id/40923/#_ftnref9.
- Laqueur, Walter (1961): Communism and Nationalism in the Middle East, London: Kessinger.
- Laqueur, Walter (2003): The History of Zionism, London: B. Tauris.
- Locker-Biletzki, Amir (2019): The Settler, the Native and the Communist. Nationalism, Colonialism, and Imperialism in Moshe Sneh's and Emil Touma's Ideology, 1953–1973, in: Jacob, Frank/Kunze, Sebastian (Hg.): Jewish Radicalisms. Historical Perspectives on a Phenomenon of Global Modernity, Oldenburg: De Gruyter, 129–152.
- Lockman, Zachary (1996): Comrades and enemies: Arab and Jewish workers in Palestine, 1906–1948, Berkeley: University of California Press.
- Maede, Colin/Küntzel, Matthias (2011): In the Straightjacket of Anti-Zionism: A critical review of Gilbert Achcar's *The Arabs and the Holocaust*, in: Journal for the Study of Antisemitism, 3(2), 805–815.
- MAKI (2025): Communist Party of Israel and Hadash Stand Against Netanyahu Government's Attack on Iran, 15.06.2025, <https://maki.org.il/en/?p=32752>.
- Mallmann, Klaus-Michael/Cüppers, Martin (2007): Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt: wbg.
- Meir, Golda (1975): Mein Leben, Hamburg: Hoffmann und Campe.

- Merhav, Peretz (1980): *The Israeli Left. History, Problems, Documents*, San Diego: MW Books.
- Mousavian, Seyed Hossein (2014): *Iran and the United States. An Insider's View on the Failed Past and the Road to Peace*, New York: Bloomsbury Academic.
- Na'aman, Shlomo (1997): *Marxismus und Zionismus*, Gerlingen: Wallstein.
- Norwood, Stephan H. (2013): *Antisemitism and the American Far Left*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Offenberg, Mario (1975): *Kommunismus in Palästina. Nation und Klasse in der antiko-lonialen Revolution*, Meisenheim am Glan: Anton Hain.
- Rote Fahne (1929): *Die Rote Fahne. Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands*, 27.08.1929.
- Rubenstein, Sondra Miller (1985): *The Communist Movement in Palestine and Israel, 1919–1984*, Boulder: Westview Press.
- Schenker, Hillel (2004): *Jewish National Self-Determination at the Crossroads*, in: Leon, Dan (Hg.): *Who's Left in Israel. Radical Political Alternatives for the Future of Israel*, Sussex: Sussex Academic Press, 100–112.
- Seliger, Kurt (1976): *Rakach und Maki – Die zwei kommunistischen Parteien Israels*, in: *Osteuropa*, Nr. 4, 251–253.
- Shindler, Colin (2012): *Israel and the European Left. Between Solidarity and Delegitimization*, London/New York: Continuum.
- Taut, Jakob (1986): *Judenfrage und Zionismus*, Frankfurt am Main: isp.
- Trepper, Leopold (1995): *Die Wahrheit. Autobiographie des „Grand Chef“ der Roten Kapelle*, Freiburg: Ahriman.
- Weinstock, Natan (1975): *Das Ende Israels? Nahostkonflikt und Geschichte des Zionismus*, Westberlin: Wagenbach.
- Wildangel, René (2007): *Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus*, Berlin: Klaus Schwarz.
- Wilenska, Ester (1946): *Die Drahtzieher der Unruhen*, in: *Volksstimme*, 02.07.1946.
- Zedek, Moshe (1973): *Borochovism*, in: Porter, Jack Nusan/Dreier, Peter (Hg.): *Jewish Radicalism. A Selected Anthologie*, New York: Grove Press, 100–110.